



Pressemitteilung – 10.04.2026

Spritpreise außer Kontrolle – Bundesregierung versagt zulasten von Wirtschaft und Beschäftigten

Die anhaltend hohen Spritpreise entwickeln sich für viele Unternehmen und Beschäftigte zu einer immer größeren Belastung. Der Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin kritisiert die Bundesregierung deshalb mit aller Deutlichkeit: **Während Betriebe, Beschäftigte und Familien unter immer weiter steigenden Kosten leiden, bleibt aus Berlin erneut nur Untätigkeit, Schönfärberei und politische Hilflosigkeit.**

Verbandspräsident Matthias Kunze: *„Besonders betroffen sind kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe, Transportunternehmen, Pflegedienste und all jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jeden Tag auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, um überhaupt ihrer Arbeit nachgehen zu können. Die wirtschaftlichen Warnsignale sind unübersehbar. Die Insolvenzen erreichen erneut Höchststände und die Zahl der Firmenabmeldungen liegt noch darüber. Wir hören hierzu tagtäglich besorgniserregende Berichte aus der Unternehmerschaft. Das ist ein alarmierendes Zeichen für den Zustand unseres Wirtschaftsstandortes.“*

Wer die Leistungsträger unseres Landes immer weiter mit steigenden Kosten belastet, gefährdet nicht nur einzelne Unternehmen, sondern Wertschöpfung, Versorgung, Arbeitsplätze und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität ganzer Regionen.

Statt endlich wirksame Entlastungen auf den Weg zu bringen, schaut die Bundesregierung dem Preisdruck tatenlos zu. Das ist nicht nur wirtschaftspolitisch schwach, sondern ein Schlag ins Gesicht all jener, die jeden Tag mit ihrer Arbeit dieses Land am Laufen halten. Kleine und mittlere Unternehmen stehen seit Monaten unter massivem Druck. Ihnen fehlen Aufträge und damit die Einnahmen. Gleichzeitig steigen die Belastungen weiter oder verharren auf einem Niveau, das für viele Betriebe nicht mehr tragbar ist. Diese Entwicklung ist brandgefährlich. **Versprochene Effekte aus den enormen Sonderschulden des Bundes lassen zudem auf sich warten. Um die Wirtschaft zu stützen, läuft jedoch die Zeit davon.**

Besonders hart trifft es jene, die keine Ausweichmöglichkeiten haben: Handwerksbetriebe, die täglich zu ihren Kunden fahren müssen. Pflegedienste, die auf dem Land eine unverzichtbare Versorgung sicherstellen. Transport- und Logistikunternehmen, die Waren und Materialien bewegen. Und nicht zuletzt tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die morgens ins Auto steigen müssen, um überhaupt ihren Arbeitsplatz zu erreichen. **Sie alle werden von der Bundesregierung mit ihren Problemen allein gelassen.** Die Folgen sind längst sichtbar. Immer mehr Unternehmen kämpfen schlicht ums Überleben. In der ohnehin angespannten Lage werden diese Spritpreise zu einer existenziellen Bedrohung.

Es ist nicht länger akzeptabel, dass die Bundesregierung dieser Entwicklung nichts Wirksames entgegensetzt. Wer ständig über Transformation, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftssicherung spricht, darf die akuten Sorgen der Betriebe nicht ignorieren. Die wirtschaftliche Substanz unseres Landes wird nicht in Sonntagsreden gesichert, sondern durch konkrete politische Entscheidungen. Genau daran fehlt es derzeit.



UNTERNEHMERVERBAND
Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.

Der Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin fordert die Bundesregierung auf, endlich entschlossen zu handeln und spürbare Entlastungen auf den Weg zu bringen. Und wir fordern zudem unsere Landesregierung auf, sich wirksam im Bund dafür einzusetzen, dass zeitnah gehandelt wird. Wer weiter zusieht, wie Unternehmen unter immer höheren Kosten zusammenbrechen, gefährdet Arbeitsplätze, regionale Versorgung, Wertschöpfung und den gesamten Wirtschaftsstandort. Die Geduld der Unternehmen ist aufgebraucht.

Die Menschen haben ein Recht darauf, dass Politik ihre Lebens- und Arbeitsrealität endlich ernst nimmt. Wer jetzt nicht handelt, trägt Mitverantwortung dafür, wenn noch mehr Betriebe aufgeben müssen.

V.i.S.d.P. P. Buggenhagen / Geschäftsführerin